

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER,
FDP BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste und
DIE LINKE./Die PARTEI):

1. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Stadtrats zum Haushalt 2025 den produktorientierten Haushalt auf der Basis der vorgelegten Teilhaushalte, Referatsbudgets und Produktblätter zu vollziehen, **wobei folgende Punkte von der Konsolidierung ausgenommen werden und sich damit die insgesamt zu erbringende Konsolidierung für das Jahr 2025 um die entsprechenden Summen verringert:**

- **Zwischennutzung Gasteig (1.700.000 €)**
- **Internationale Münchner Filmwochen GmbH (173.000 €)**
- **MVG Leistungsprogramm 2025 (10.511.540 €)**
- **Betriebskostenzuschuss Deutsches Museum (498.000 €)**
- **Zuschuss an die Faschingsgesellschaften (entsprechender Anteil am Produkt Overhead)**

Es ergibt sich damit eine Konsolidierungserleichterung in Höhe von 12,883 Mio. € (zuzüglich Anteil Zuschuss Faschingsgesellschaften).

Der im Vortrag des Referenten **darüber hinaus** vorgeschlagenen Umsetzung der Konsolidierung für 2025 wird zugestimmt. Der vom RAW begründeten Ausnahme von der Erbringung der Konsolidierung für die Olympiapark München GmbH wird zugestimmt, ohne dass eine Ersatzkonsolidierung durch das RAW erbracht werden muss. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, die dargestellten Konsolidierungsbeträge und die sich ergebenden Zeilenveränderungen im Planungsverfahren umzusetzen.

2. Der vorliegende Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2024 – 2028 wird hinsichtlich der in der Investitionsliste 1 genannten Investitionsmaßnahmen

UA 3400 Förderung sonstiger Kultureinrichtungen

UA 3430 Oktoberfest und Dulten

UA 5520 Olympiapark

UA 6050 U-Bahn-Bau

UA 7900 Tourismus

UA 7910 Wirtschaftliche Angelegenheiten

UA 8210 Flughafen München

UA 8300 Stadtwerke München GmbH

zur Kenntnis genommen.

3. Der Empfehlung des Bezirksausschusses 12 zu Punkt 1/Seite 12 vom 16.04.2024 wird entsprochen; die Empfehlung ist damit satzungsgemäß behandelt.
4. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.